

Die Europäische Verfassung in Südtirol

Am Donnerstag findet an der EURAC in Bozen eine öffentliche Debatte über die Europäische Verfassung und ihre lokalen Bezüge statt. Um über die Veränderungen, die die neue Verfassung für den einzelnen Bürger in Südtirol mit sich bringt, zu informieren und gemeinsam zu diskutieren, lädt das Institut für Föderalismus- und Regionalismusforschung der EURAC um 17.00 Uhr zur öffentlichen Debatte mit dem Titel ein: "Die Europäische Verfassung - aktuelle Themen und lokale Bezüge". Universitätsprofessoren und Wissenschaftler für Vergleichendes Verfassungsrecht und Gemeinschaftsrecht der EURAC und der Freien Universität Bozen analysieren die Auswirkungen, die der Europäische Verfassungsvertrag auf die supranatio-

nale, nationale und lokale Ebene haben wird. Im Mittelpunkt der Debatte steht - so die Organisatoren in einer Aussendung- der einzelne Unionsbürger: oft zu wenig informiert über die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen, wird doch gerade der einzelne Bürger im Besonderen mit der neuen Realität konfrontiert. Die Tagung wird folgende Aspekte näher beleuchten: Stefania Baroncelli, Professorin für öffentliches Recht an der Wirtschaftsfakultät der



Die Unterzeichnung der Verfassung in Rom: Auswirkungen auf Südtirol

Freien Universität Bozen, stellt die Auswirkungen auf die Währungspolitik der Union dar. Die Themen mit besonderer Aktualität, wie die Einwanderungspolitik und die Freiheit von Waren- und Personenverkehr, behandelt Orsolya Farkas, wissenschaftliche Mitarbeiterin für Europarecht an der Freien Universität Bozen. Gabriel N. Toggenburg, wissenschaftlicher Mitarbeiter der EURAC,

schildert die rechtliche Situation der Minderheiten. Abschließend zeigt Francesco Palermo, Professor für Vergleichendes Verfassungsrecht an der Universität Verona und Direktor des Instituts für Föderalismus- und Regionalismusforschung der EURAC, die Rolle der Regionen im neuen Verfassungsgefüge. "Wir wünschen uns, dass die Tagung auf ein reges Interesse stößt und einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion leisten kann", so Francesco Palermo in der Aussendung, "Vor allem sollte der Verfassungsvertrag ein Instrument für die Integration Europas sein. Denn eine Integration verspricht nur dann Erfolg, wenn die Bevölkerung aktiv an ihr teilnimmt." Die Teilnahme steht allen offen. Es ist keine Übersetzung vorgesehen.